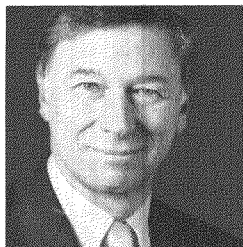


Abschotten – ein Bumerang



Von Gerold Bühler

Die Statistiken zeichnen ein unmissverständliches Bild. Allen Kritiken und zeitweiligen Rückschlägen zum Trotz ist die Globalisierung in den vergangenen Jahrzehnten unaufhaltsam fortgeschritten. Allein in den vergangenen 25 Jahren haben sich die grenzüberschreitenden Investitionen mehr als verfünffacht und der Handel mit Gütern und Dienstleistungen etwa versechsfacht. Dieser intensivierte weltweite Austausch hat wesentlich zum globalen Wirtschaftswachstum beigetragen. Neben den westlichen Industriestaaten haben vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas überdurchschnittlich von dieser Marktöffnung profitiert.

Der seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 herrschende Aufbruch zu einer immer weiteren Teile der Welt erfassenden Liberalisierung hat jedoch mittlerweile vermehrt Gegenwind erhalten. Der im Sommer noch einmal aufgeflamte Optimismus für einen Durchbruch der seit sieben Jahren laufenden Verhandlungen für eine weitere Öffnung des Welthandels ist jäh zunichtegemacht worden. Die Rücksichtnahme auf Wahltermine und mächtige innenpolitische Lobbies verhinderte einen Durchbruch.

Gefährliche Illusionen

Das Klima an der Welthandelsfront hat sich zwischenzeitlich alles andere als verbessert. Die einschneidende Finanzmarktkrise und Rezession in Schlüsselländern dämpfen die Erwartungen erheblich. Da und dort mehrten sich Zeichen, dass erneut, wider besseres Wissen zwar, zur Marktabschottung und zu einer gefährlichen Subventionsspirale geschritten wird. Diffuse Ängste werden hier geschürt.

Die aktuelle Finanzmarktkrise droht zusammen mit den realwirtschaftlichen Er-

schütterungen den Hang zur Errichtung von Schutzwällen da und dort zu verstärken. Einerseits werden wettbewerbsverfälschende Subventionen in immer mehr Branchen salonfähig. Die amerikanische Autoindustrie ist nur ein Beispiel dafür. Andererseits verleiten Abwehrreflexe dazu, die längst in Aussicht gestellte Marktöffnung zurückzustellen und das Korsett auf den Kapitalmärkten enger zu ziehen. Allein schon der Umstand, dass sich die Europäische Union in dieser Frage nicht einig ist und die Vereinigten Staaten angesichts der massiven Verwerfungen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt bleiben, lässt nichts Gutes erwarten.

Nachdem die Zentralbanken in koordinierten Aktionen mit guten Rezepten der Krise entgegengetreten sind, ist an der Welthandelsfront Ähnliches leider nicht zu erwarten. Es ist zwar unbestritten, dass mit Blick auf den Herd der jüngsten Finanzmarktkrise die Lehren gezogen werden müssen. Den zutage getretenen Systemschwächen muss entschlossen begegnet werden.

Es wäre jedoch fatal, wenn einzelne Übertreibungen an den Finanzmärkten nun dazu führen würden, bewährte Pfeiler einer global vernetzten Wirtschaft anzusetzen. Ein solcher Aktionismus würde früher oder später zu einem folgenschwe-

Gerade im gegenwärtig schwierigen konjunkturellen Umfeld darf der bewährte bilaterale Weg mit der EU nicht aufs Spiel gesetzt werden.

ren Bumerang verkommen. Die arbeitsteilige Wirtschafts- und Kapitalmarktordnung hat sich ganz im Sinne des grossen englischen Ökonomen Ricardo dank komparativer Vorteile zu einem Fundament für Wachstum und Wohlfahrt entwickelt.

Der Staat hat zweifellos auch aus liberaler Sicht eine ordnende Rolle zu spielen. Der da und dort angebehrte massive Ausbau staatlicher Interventionen und Hürden im internationalen Handel und im Kapitalverkehr könnte aber rasch zu

einer gefährlichen Illusion werden. Sobald der Staat in grossem Ausmass auch Risikokapitalgeber wird, dürfte seine Rolle als Wettbewerbshüter und Marktöffner an Gewicht verlieren. Die vermehrte politische Rücksichtnahme bei nötigen Strukturanpassungen hätte unweigerlich negative Auswirkungen auf den Produktivitätszuwachs. Die gesamtwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit würde in Mitleidenschaft gezogen.

In einer Krise ist es in der Regel besonders verführerisch, an die Ängste zu appellieren und den Sündenbock bei Dritten zu suchen. Gerade in der gegenwärtig schwierigen Lage der Weltwirtschaft darf es nicht zu einer solchen Spirale der Abschottung kommen. Nichts sollte unversucht gelassen werden, um die multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation wieder in Gang zu bringen.

In aller Anerkennung der gerade für die Schweiz wichtigen Fortschritte auf bilateraler Ebene darf die WTO nicht auf dem Abstellgleis verharren. Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik sind insbesondere jetzt gefordert, sich für diese bewährten Prinzipien zu engagieren. Es bleibt zu hoffen, dass das Bekenntnis des G-20-Gipfels in Washington von Mitte November, keine neuen Handelshemmnisse zuzulassen und sich für einen Abschluss der Doha-Runde einzusetzen, auch in die Realität umgesetzt wird.

Um den Aussenwirtschaftsinteressen der Schweiz gerecht zu werden, bleibt vorderhand wohl nichts anderes übrig, als das Netz der bilateralen Abkommen weiter zu festigen und auszubauen. Ein Nein am 8. Februar 2009 zur Personenfreizügigkeit mit der EU hätte gerade daher einen enormen Schaden zur Folge. Die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union hat schliesslich wesentlichen Anteil am überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstum der letzten Jahre. Vor allem die Zuwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte war und bleibt für unsere Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Die Unternehmen hätten sonst im Inland nicht derart expandieren können.

Gravierende Folgen eines Nein

Ein Nein zur Weiterführung und zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit würde über den Arbeitsmarkt hinaus rechtlich automatisch zur Kündigung der gesamten bilateralen Verträge I führen. Da jeder dritte Arbeitsplatz von der EU abhängt, wäre das ein immenser Schaden. Die Schweiz würde in Sachen Steuersouveränität und Bankkundengeheimnis in einer ohnehin belasteten Situation zum Bittsteller.

Gerade im gegenwärtig schwierigen

konjunkturellen Umfeld darf der bewährte bilaterale Weg deshalb nicht auf Spiel gesetzt werden. Darüber hinaus sind ausserhalb Europas die Verhandlungen mit Drittländern weiter zu intensivieren. Die Aussichten sind gut, dass es demnächst gelingt, in Asien und in den Golfstaaten zu weiteren Abschlüssen zu kommen. Gerade die Schweiz ist ein gutes Beispiel, dass sich offene Märkte und tiefe Zölle auszahlen.

Es bleibt bezüglich der internationalen

Ebene zu hoffen, dass die erwartete Entspannung der transatlantischen Beziehungen auch den Weg für einen Anschlag in der multilateralen Handelsliberalisierung öffnen wird. Eine Spirale der Abschottung nach aussen und der Behinderung des Wettbewerbs auf den Binnenmärkten würde einer kaum mehr zu ertragenden zusätzlichen Belastung gleichkommen.

Gerold Bührer ist Präsident von Economiesuisse, dem Verband der Schweizer Unternehmen.